

**WALTER RAUSCHER: DIE FRAGILE GROSSMACHT.  
DIE DONAUMONARCHIE UND  
DIE EUROPÄISCHE STAATENWELT 1866–1914.  
FRANKFURT AM MAIN: PETER LANG, 2014.**

LIDIA PAKHOMOVA

Institute of Slavic Studies, Russian Academy of Sciences\*  
lydia.pakhomova@gmail.com

Die Rezension untersucht das Buch des österreichischen Historikers Walter Rauscher „Die fragile Großmacht. Die Donaumonarchie und die europäische Staatenwelt 1866–1914“. Rauscher rekonstruiert die außenpolitische Geschichte der Habsburger Monarchie anhand zahlreicher Archivadokumente aus Österreich, Ungarn, Tschechien, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und der Schweiz. Die einzigen dem Forscher unzugänglichen Quellen blieben dabei die Russischen.

Der Historiker analysiert in chronologischer Reihenfolge die Politik jedes Außenministers der Donaumonarchie von 1866 bis 1914. Rauscher betrachtet die außenpolitischen Widersprüche der Donaumonarchie in Verbindung mit ihren inneren Problemen. Fast jedes für die österreichisch-ungarische Außenpolitik wichtige Thema betrachtet der Autor im Kontext der Arbeit von Delegationen – die Außenpolitik war Teil des innenpolitischen Kampfes, ein Thema, das in Parlamenten, Wahlprogrammen, Partei- und innerparteilichen Streitigkeiten diskutiert wurde – sowie angesichts der komplexen Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern und Nationalitäten. Rauscher weist zwar auf wichtige Phänomene und Tendenzen hin, bringt jedoch keine theoretische Grundlage dafür. Offensichtlich hatte der Historiker nicht das Ziel, den Gegenstand seiner Forschung zu schematisieren und zu vereinfachen. Der Autor betrachtet die Außenpolitik von Österreich-Ungarn und dessen Beziehungen zu anderen Ländern in ihrer ganzen Vielfalt.

In seinem zweibändigen Werk zeigte der Forscher, wie die große und schwierige Arbeit an der Aufrechterhaltung eines multinationalen Staates im Endeffekt zur Vorbereitung seines Zusammenbruchs wurde.

**Schlüsselwörter:** Außenpolitik Österreich-Ungarns, Außenministerium der Habsburgermonarchie, internationale Beziehungen im 19. und im frühen 20. Jahrhundert

Im Jahr 2014 wurde in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit die 100-jährige Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges begangen. Diesem Jubiläum ist auch das vorliegende Buch aus der Feder des österreichischen Historikers Wal-

\* Mailing address: Leninsky Prospect 32A 119991 Moscow, Russia E-mail: lydia.pakhomova@gmail.com Fax: +7 495 938 00 96

ter Rauscher gewidmet. Diese Monographie ist das Ergebnis einer langjährigen Arbeit an einem komplizierten und immer noch nicht völlig erforschten Thema. In der Historiographie gibt es tatsächlich wenige Arbeiten, die der Außenpolitik einer ganzen Periode gewidmet sind und sich dabei auf Quellen stützen, nicht aber verallgemeinernde Arbeiten sind. Hier können die Bücher von Theodor von Sosnosky,<sup>1</sup> Robert William Seton-Watson,<sup>2</sup> Wladimir Michailowitsch Chwostow,<sup>3</sup> István Diószegi,<sup>4</sup> Nina Stepanowna Kinjapina,<sup>5</sup> Dominic Lieven<sup>6</sup> genannt werden. Diese Reihe kann die Monographie von Rauscher fortsetzen.

Walter Rauscher untersucht in chronologischer Reihenfolge die Politik jedes einzelnen Außenministers von Österreich-Ungarn im Zeitraum von 1866 bis 1914. In dieser Periode haben sich sieben Minister abgewechselt: Friedrich Ferdinand von Beust (1866–1871), Gyula Andrassy (1871–1879), Heinrich Karl von Haymerle (1879–1881), Gustav Kálnoky (1881–1895), Agenor Gołuchowski (1895–1906), Alois Lexa von Aehrenthal (1906–1912) sowie Leopold Berchtold (1912–1915).

Die Wahl des Zeitrahmens erklärt der Historiker ausführlich. Erstens war der Preußisch-Österreichische Krieg der letzte in der Reihe „klassischer Kabinetts- und Hegemonialkriege“. Zweitens wurde gerade 1866 klar, dass im Zentrum Europas ein neuer mächtiger Staat entstand. Drittens bestimmte die Niederlage der Donaumonarchie in dem Bruderkrieg, wie es ihre acht Millionen Österreich-Deutsche wahrnahmen, die Lösung der deutschen Frage. Und als Folge, nach Österreichs Zugeständnis in dieser Frage, konzentrierte die Monarchie ihre Außenpolitik auf Südosteuropa. Außerdem hatte der Krieg gezeigt, dass sich das Reich in einer langjährigen Wirtschaftskrise befand. Der Neoabsolutismus mit seinen Kriegskampagnen hatte Schulden in Milliardenhöhe hinterlassen. Die Habsburger Monarchie musste die Prinzipien ihrer Existenz überdenken und sich in eine dualistische Monarchie umwandeln.

Walter Rauscher rekonstruiert die Geschichte der Außenpolitik Österreich-Ungarns anhand einer Vielzahl von Archivadokumenten. Dabei ist er einer der wenigen Forscher, der sich mit den diplomatischen Dokumenten der Epoche nach 1866 bis zum Ersten Weltkrieg hervorragend auskennt, wobei er Archive in Österreich, Ungarn, Tschechien, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und der Schweiz heranzog. Da die wichtigsten historischen Tatsachen selbst bekannt sind, konzentrierte sich Rauscher bei der Untersuchung dieser riesigen Schicht von Quellen auf das Verhältnis der Diplomaten und Vertreter der Eliten zu den Ereignissen, d. h. der Historiker richtet seine Aufmerksamkeit auf die Logik des Treffens von Entscheidungen. Dabei ist er auch mit den wichtigsten Arbeiten zum Thema in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache vertraut – das Quellen- und Literaturverzeichnis ist mehr als einhundert Seiten lang –, allerdings waren dem Autor die russischen Quellen nicht zugänglich. Die Materialien aus Moskauer und Petersburger Archiven, die russische Periodika hätten

sicherlich das Bild vervollständigt. Behelfsweise griff er jedoch bei der Beschreibung der Beziehungen zu Russland und bei der Analyse der russischen Positionen oft auf die Arbeiten anderer Historiker zurück, z.B. auf „Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall“ von Andreas Kappeler und auf „Im Schatten des Zweibundes: Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897–1908“ von Isabel Pantenbourg.<sup>7</sup>

Die Monographie von Rauscher zeigt, dass die Methodologie, anhand diplomatischer Dokumente die Eindrücke und Entscheidungen der Partner und Konkurrenten wiederherzustellen, gut funktionieren kann. Auch ohne die Materialien aus den russischen Archiven zu kennen, vermochte der Autor zu Schlussfolgerungen zu gelangen, die jenen seiner sowjetischen und russischen Kollegen ähnlich sind. Eine ebensolche Methode wandten auch die sowjetischen Historiker an: Sie studierten Dokumente aus russischen Archiven und rekonstruierten auf diese Weise Ereignisse in anderen Ländern. Das zeugt davon, dass die Diplomaten die Situation in den Ländern, wohin sie entsandt worden waren, sorgfältig analysiert haben. Die Botschafter und Konsuln lasen auch aufmerksam die Presse. Eine Beleuchtung der Ereignisse in der russischen Presse wird nach österreichisch-ungarischen oder sogar nach britischen diplomatischen Dokumenten gegeben (z.B. S. 711).

Rauschers Arbeit besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist in vier Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel ist dem Zeitraum von 1866 bis 1871 gewidmet – jener Zeit, in der die deutsche Frage entschieden wurde. Der erste Außenminister Österreich-Ungarns, Beust, wollte die Donaumonarchie erneut stark positioniert sehen, was bedeutete, den Ausgleich mit Ungarn umzusetzen. Die Führung der Habsburger Monarchie beschloss nach der Niederlage im Krieg mit Preußen, nicht den Weg der Revanche zu gehen, sondern begann den Wiederaufbau von innen und außen her, weil das Land nach zwei Kriegen – dem Italienisch-Österreichischen und dem Preußisch-Österreichischen – nicht auf einen neuen Militärkonflikt vorbereitet war. Der Autor betont besonders, dass die orientalische Frage nach den österreichischen Niederlagen eine besondere Bedeutung erlangte. Die Donaumonarchie wollte auch weiterhin am Bestand des benachbarten Osmanischen Reichs festhalten, ungeachtet dessen, dass gerade der Pariser Frieden von 1856, so Rauscher, den Beginn des Zerfalls der Türkei markiert habe. Doch die Wende nach Südosten hin bedeutete eine Konkurrenz mit Russland in der Region. Die guten Beziehungen des russischen Kaisers Alexander II. zu seinem Onkel, dem preußischen König Wilhelm, gaben Bismarck freie Hand für einen neuen Krieg, diesmal mit Frankreich, dem Beust schon in seiner Eigenschaft als sächsischer Minister wohlgesonnen war. Die preußisch-französischen Widersprüche gaben Österreich-Ungarn jedoch die Chance, sich an eine „Politik der freien Hände“ zu halten, worüber der Forscher ausführlich schreibt. Die Völker der Habsburger Monarchie nahmen die Erhöhung Preußens und die Annäherung

mit Frankreich auf verschiedene Weise wahr. Die deutschen Zeitungen schrieben von der Notwendigkeit, zu Paris Distanz zu bewahren, Ungarn wollte eine Vergrößerung der Zahl der Deutschen im Reich verhindern, die Slawen traten gegen die antirussische Orientierung der Allianz mit Frankreich auf. Die im Hinblick auf den französisch-preußischen Krieg vertretene Position der bewaffneten Neutralität nennt Rauscher eine Politik der Nichteinmischung: Beust, der sich damit deckte, brauchte nicht gleich den Krieg mit Preußen oder mit Russland zu erklären, hatte dafür aber die Möglichkeit, die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Im zweiten Kapitel geht Rauscher auf die Zeit zwischen dem französisch-preußischen und dem russisch-türkischen Krieg ein, also auf die Jahre von 1871 bis 1878. Der Autor stellt dar, wie die österreichisch-ungarische Elite mit einer Mischung von Fatalismus und Unbehagen sich der neuen Ordnung bewusst wurde, die Bismarck schuf. Der Führung der Monarchie war sich ihrer inneren und äußeren Schwäche bewusst – Österreich-Ungarn verblieb nur, mit Deutschland zu kooperieren. Der neue Außenminister Gyula Andrassy sah darin den Hauptpartner gegen Russland. Der Historiker analysiert in diesem Kapitel die deutsche Frage und die Beziehungen zum Vatikan in den Delegationen. Die besondere Aufmerksamkeit schenkt der Autor der „konservativen Kooperation“ in der neuen Form des Dreikaiserbundes. Andrassy musste sich darauf einlassen, weil kein Bündnis mit Großbritannien zustande kam, der Minister aber bei der Wahl der taktischen Mittel sehr flexibel war. Als Gegengewicht zur antirussischen Position von Andrassy wurde der prorussisch gestimmte Ferdinand von Langenau zum Botschafter in Petersburg ernannt. Eine konservative Position vertrat Andrassy auch in Südosteuropa – ihm ging es um die unbedingte Erhaltung des Osmanischen Reiches. Doch diese konservative Kooperation hatte vorerst nur zu einem „Mächtepoker“ auf dem Berliner Kongress 1878 geführt, wo Großbritannien quasi den größten Fang einfuhr. Das globale Ergebnis des Kongresses war dennoch, wie Rauscher vermutet, die Verhinderung eines großen Krieges in Europa.

Im dritten Kapitel geht es um die Folgen des Berliner Kongresses für Österreich-Ungarn. Dem Historiker zufolge war sein Hauptergebnis für die Habsburger Monarchie, dass sie wegen der Besetzung der osmanischen Provinzen, Bosnien und der Herzegowina, außenpolitisch verwundbar wurde. Ein weiterer Grund für die angreifbare Lage Österreich-Ungarns und auch Deutschlands war das im Jahr 1879 geschlossene Bündnis. Frankreich würde „nur in Koalition mit dem Zarenreich Deutschland angreifen“, was für die Donaumonarchie automatisch die Bündnispflicht bedeutete (S. 335). Und der Dreikaiserbund wurde für Andrassy buchstäblich zur Peinlichkeit, „besonders gegenüber den eigenen Landsleuten, die mittlerweile gleichsam allergisch auf eine Politik der Zusammenarbeit mit Petersburg reagierten“ (S. 325). Doch nach Andrassy kamen am Ballhausplatz Leute zum Zug, die ganz anders dachten. Haymerle, Kálnoky und Goluchowski verstanden, dass Konflikte die Existenz der dualistischen Monarchie selbst bedrohen konnten.

Obwohl Haymerle den Bruch mit Russland als einen Fehler von Andrassy einschätzte, setzte er die Politik fort, deren Richtung sein Vorgänger und Franz Joseph vorgegeben hatten: Erstens die Pflege der deutschen Allianz, zweitens, Distanz zu Russland (mit dem Kaiser und dem König waren die Ungarn und die Polen – heißt das: traditionell auf Seiten der Wiener Regierung waren Ungarn und die Polen, die traditionell gegen Petersburg gestimmt waren). Haymerle strebte zwar anfangs ein Bündnis mit Großbritannien an, verzichtete aber bald enttäuscht auf diese Idee. Selbst der plötzliche Tod des Ministers im Jahr 1882 sollte die Außenpolitik von Franz Joseph nicht ändern, weil der Monarch einen Kandidaten auswählte, der sie fortsetzen würde. Ein Mann der Schreibfeder, ein Bürokrat durch und durch, „mehr Deutscher als Ungar“, begann Gustav Kálnoky, aktiv in drei Richtungen zu arbeiten: Widerstand gegen den Panslawismus, Vertrag mit Italien und die Erhaltung des Osmanischen Reiches. Obwohl Kálnoky, im Widerstand zu den Ungarn, auch für die Festigung des Dreikaiserbundes eintrat, führte die für die Donau-Monarchie unerwartete Vereinigung Bulgariens zum Zerfall monarchischer Solidarität.

Als zeitlichen Beginn des vierten Kapitels wählte der Autor die Folgen der bulgarischen Krise und das Ende des Dreikaiserbundes im Jahr 1887, als Ende das Jahr 1897, also die Krise in den russisch-österreichischen Beziehungen, die 1887 in einer „Kriegsphobie“ und „Kriegshysterie“ mündeten, was die große Gefahr für die Zukunft der Habsburger Monarchie darstellte (S. 438). Mit dem Rücktritt Bismarcks trat in Österreich-Ungarn eine Periode der Entspannung ein, ungeachtet der weiter bestehenden Gefahr, hauptsächlich ausgehend von der Presse: die Wiener und Budapester Zeitungen schrieben viel über die Hungersnot im Russischen Reich, was den russischen Zaren Alexander III. nur gereizter machte. Die 1892 unterzeichnete Kriegskonvention zwischen Frankreich und Russland bedeutete das Ende der sorglosen Zeit des Zwei- und Dreibundes. Mitte der 1890er Jahre wurde endgültig klar, dass es nicht zu einem Bündnis Großbritanniens und der Donaumonarchie kommen würde.

Der aus zwei Kapiteln bestehende zweite Teil erzählt, wie die Habsburger Monarchie dazu kam, dass sie alles verlor. Durch die beiden letzten Kapitel zieht sich als roter Faden erstens die Idee über den Verlust des Ansehens von Österreich-Ungarn, was die Ursache für eine lange innere Krise des Reichs wurde: Die Versuche der Elite, dieses Ansehen zu heben, verschlimmerten die Lage des Landes nur. Die zweite Idee betrifft die Tatsache, dass die Sorge um das Prestige die imperiale Führung pessimistisch stimmte: Sie sah nach dem Tod des bereits alten Monarchen keine Zukunft.

Im sechsten Kapitel der Monographie schreibt Rauscher über die Außenpolitik des Grafen polnischer Herkunft, Agenor Gołuchowski. Er ging auf eine Annäherung mit Petersburg ein, umso mehr, als sein russischer Kollege Michail Murawjow dies ebenfalls wünschte. Das Ergebnis dieses Versuchs wurde der rus-

sisch-österreichische Vertrag von 1897, den Petersburg aber trotzdem nicht extra auf dem Papier fixieren wollte. Den Anlass zu „wirklich freundschaftlichen und konstruktiven Beziehungen“ zwischen dem Reich der Romanows und der Habsburger Monarchie wurde die Regelung der Mazedonien-Frage – die Ausarbeitung des Müritzsteger Reformprogramms. Neben dem Prozess der Herausbildung der Entente cordiale verlief die Intensivierung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland: Am Wiederaufbau des Dreikaiserbundes arbeitete der Botschafter in Petersburg, Alois Lexa von Aehrenthal.

Außerdem, so schreibt Rauscher, habe Österreich-Ungarn einen großen Vorteil durch die neue, auf den Fernen Osten gerichtete Politik Russlands erhalten. Russland spielte damals in Südosteuropa praktisch keinerlei Rolle, obwohl es auch weiterhin das Geschehen dort verfolgte. Was die innere Entwicklung betrifft, so macht der Autor auf das aggressive Benehmen und den Chauvinismus von Budapest aufmerksam, das die Entwicklung des multinationalen Imperiums beeinflusste – besonders problematisch wurden die Beziehungen zu Serbien.

In dem abschließenden Kapitel geht es um unzählige Ereignisse diplomatischen und militärischen Charakters in den acht Jahren vor dem Weltkrieg. Im Jahr 1906 übernahm der entschlossene, energische und ehrgeizige Baron Alois Lexa von Aehrenthal, der Österreich-Ungarn „aufwecken“ wollte, das Ruder im Außenministerium der „europäischen Großmacht zweiter Klasse“ (S. 600). Ihm war bewusst, dass Wirtschaftsstärke die notwendige Bedingung für die Existenz einer Großmacht ist. Das Projekt, welches die wirtschaftlichen und ebenso die außenpolitischen Probleme lösen würde, sollte die Eisenbahnstrecke über den Balkan nach Konstantinopel werden. Doch dieses Prestigeprojekt verursachte nur Schwierigkeiten. Und dies nicht nur im Ausland, sondern auch in der Donaumonarchie selbst. Aehrenthal sollte aktiv an der Verbesserung der russisch-österreichischen Beziehungen wirken, doch er wollte dies mit veralteten Methoden erreichen – mit „besonderer Pflege monarchischer Solidarität und Kooperation in einem neuen Dreikaiserbündnis“. Wie der Autor schreibt, sei ihm das aber nicht gelungen: Die russischen Zeitungen zogen weiter über Österreich-Ungarn her. Die Nachricht, dass die Hohe Pforte Bosnien und der Herzegowina eine Verfassung geben wolle, musste die Donaumonarchie beunruhigen: Natürlich konnte es die Provinz nicht zurückholen „nach so vielen Opfern und Bemühungen“ (S. 632). Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, die man so lange in der Habsburger Monarchie erwartet hatte, nannte Rauscher einen „klassischen Pyrrhussieg“ (S. 702). Nach der Bosnien-Krise blieb Deutschland der einzige Verbündete Österreich-Ungarns, obwohl Wien meinte, dass sich Berlin ungenügend um diese Beziehungen kümmere. Und die Donaumonarchie, die sich erschläfft, von der großen Politik isoliert, von Feinden umgeben fühlte, „verbiss sich vollends in die Balkanfrage“, was dazu führte, dass „vom Chauvinismus der südosteuropäischen Völker bedrängt, sich die Zukunftsangst innerhalb der



österreichisch-ungarischen Staatsführung mit Überlegenheitsgefühl auf unheilvolle Weise vermischte“ (S. 812). Im Jahr 1912 war Franz Joseph genötigt, den todkranken Aehrenthal den Rücktritt nahe zu legen, obwohl ihn der Kaiser gebeten hatte, so lange wie möglich auf seinem Posten auszuharren. Diese Episode ergänzte das Bild der Verzweiflung, die in der Führung herrschte. Der Monarch lud Leopold Berchtold ein, Aehrenthals Posten zu übernehmen, damit dieser die Politik seines Vorgängers fortsetzt. Hier muss bemerkt werden, dass, je näher der Erste Weltkrieg rückt, die Erzählung im Buch immer ausführlicher wird. Als die Verantwortlichen für die Entfesselung des großen Konflikts nennt Rauscher Österreich-Ungarn und Serbien, die mit ihren Handlungen und ihrer Tatenlosigkeit „den Stein ins Rollen gebracht haben, der sich zu einer wahren Lawine auswachsen und das alte Europa unter sich begraben sollte“ (S. 893). Für den Zerfall der Donaumonarchie liegt nach der Meinung des Autors die Hauptverantwortung bei deren Führung, wogegen sich die Nationalitäten „bis zur Niederlage im Herbst 1918 gegenüber dem Habsburgerstaat erstaunlich loyal verhielten“ (S. 895).

Rauscher hebt in dem Werk wichtige Erscheinungen und Tendenzen heraus, aber er untermauert sie nicht theoretisch. Wahrscheinlich hatte der Historiker sich auch nicht das Ziel gesetzt, den Gegenstand seiner Studie zu systematisieren und zu vereinfachen. Der Autor betrachtet die Außenpolitik Österreich-Ungarns und seine Beziehungen zu anderen Ländern in all ihrer Mannigfaltigkeit und Vielfalt. Für den Leser ist es nicht immer leicht, die Peripetien der Innenpolitik und der internationalen Differenzen zu verfolgen, aber umso interessanter ist es, sich in diese Schwierigkeiten zu vertiefen und zu versuchen, die Verbindungen zwischen den Ereignissen und der Logik des Treffens von Entscheidungen durch die Staatsmänner des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Zuweilen kann der Eindruck entstehen, dass die Fragen durcheinander betrachtet werden und der Text nicht strukturiert ist, doch ein solcher Stil entspricht der Schwierigkeit der vom Autor untersuchten Fragen. Dennoch ist in dem genannten Kapitel ein Schema zu erkennen: die Ernennung des Ministers, sein Leben und die vorherige Tätigkeit, seine Pläne, seine konkreten Schritte am Anfang, die Beziehungen zu Deutschland, Russland, Großbritannien, Frankreich, Italien, zum Vatikan, zu Rumänien, Serbien und Montenegro, die Erörterung der außenpolitischen Fragen in der Presse und in den Delegationen.

Bei der ganzen Vielfalt der Sujets kehrt der Autor jedoch immer wieder zu manchen Themen zurück. In erster Linie gilt das für die Rolle der Presse. Rauscher, der auf die gewachsene Rolle der Massenmedien in Bezug auf die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen aufmerksam geworden war, schreibt in jedem Abschnitt über die Reaktion der Presse auf dieses oder jenes Problem. Der Forscher berührt dabei natürlich meistens die österreichisch-ungarische Presse, aber es gibt auch Passagen über die britischen, die russischen und die deutschen Zeitungen. Der Historiker untersucht die außenpolitischen Widersprü-

che in Verbindung mit den inneren Problemen der Donaumonarchie. Rauscher betrachtet fast jedes bedeutsame Sujet für die österreichisch-ungarische Außenpolitik im Kontext der Arbeit der Delegationen – denn die Außenpolitik war ein Teil des innenpolitischen Kampfes, eine Frage, die in den Parlamenten, in Wahlkampfprogrammen, in parteilichen und innerparteilichen Diskussionen erörtert wurde. Aber sie war auch ein Teil der komplizierten gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen und Nationalitäten. Man kann sagen, dass Rauscher in seiner Darlegung ein großes Bild mit einem schwierigen Ornament schafft: mit der Kehrseite – der Innenpolitik, und mit der Vorzeigeseite – der Außenpolitik. Deshalb ist der Titel des Buch auch so paradox – Die fragile Großmacht: In der imperialen Struktur Österreich-Ungarns, in seinen Völkern, in den Beziehungen zu den Nachbarn, auf deren Staatsgebieten Angehörige derselben Völker lebten wie auch auf österreichisch-ungarischem Territorium, war die Verwundbarkeit und Zerbrechlichkeit gleichsam mit eingebettet. Und dieses Gewebe gleicht einem großen Netz, in dem jedes Element mit den anderen durch unzählige Verbindungen verknüpft ist.

Rauscher akzentuiert stets auch die ethnische Herkunft der Außenminister Österreich-Ungarns. Der Autor meint, dass die Staatsmänner sich beim Treffen dieser oder jener Entscheidung oft von ihrer persönlichen Erfahrung, von persönlichen Bevorzugungen, von einer Jugendfreundschaft und von Eindrücken aus ihrer Jugendzeit leiten ließen. Das deutlichste Beispiel ist hier Gyula Andrassy, der an der ungarischen Revolution von 1848 teilgenommen hatte und nach ihrer Unterdrückung durch das russische Korps des Generals Iwan Paskewitsch Russland mit besonderer Abneigung begegnete; diese seine Abneigung offenbarte sich auch, als Andrassy das Amt des Außenministers der Habsburger Monarchie bekleidete.

Die ethnische Herkunft war wichtig für eine ausbalancierte Politik, die Franz Joseph betrieb. Diese Politik bezeichnet Rauscher als Prinzip der Parität. Der Kaiser ließ sich bei der Ernennung für ein solch wichtiges Amt, wie es das des Außenministers ja ist, auch davon leiten, woher der Anwärter stammte. So wählte er im Jahr 1866, nach der Niederlage im Österreichisch-Preußischen Krieg, Friedrich Ferdinand von Beust, weil er aus Sachsen stammte und als dessen Ministerpräsident eine antipreußische Position vertrat (S. 28). Im Jahr 1871, nach der Gründung des Deutschen Reiches, sollte die Annäherung Österreich-Ungarns und des neuen Staates ein Ungar vollziehen, der sich den egoistischen Tendenzen von Cisleitanien widersetzte und das gesamte Imperium im Sinn hatte. Als ein solcher Mann erwies sich Gyula Andrassy. Dennoch teilt der Historiker selten mit, welche Rolle Franz Joseph selbst in der Außenpolitik seiner Monarchie spielte. Hauptsächlich schreibt Rauscher nur in jenen Episoden, die die Ernennung der Außenminister betreffen, über die Meinung des Monarchen.



Im Zusammenhang mit den Arbeitsergebnissen der einzelnen Außenminister, die zugleich auch Ministerpräsidenten Österreich-Ungarns waren, führt der Autor auch Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der entsprechenden Periode an. Dem Autor zufolge geht eine gute Wirtschaftskonjunktur nicht immer mit außenpolitischen Erfolgen einher. Doch die Amtszeit des Außenministers Beust war mit einer hohen Wirtschaftskonjunktur und dem Ansteigen vieler ökonomischer Parameter verbunden. Als aber im Jahr 1873, einer friedlichen Zeit, der Dreikaiserbund „geboren“ wurde, brach die Wiener Börse ein, in ganz Österreich-Ungarn wütete eine Cholera-Epidemie, und im Herbst kam noch eine Missernte hinzu, die zu einer massenhaften Hungersnot führte.

Obwohl die Geschichte mancher Ereignisse oftmals beschrieben wurde (z. B. die Orientalische Krise, auch Balkankrise genannt, von 1875 bis 1878), ist es hochinteressant, neue, bisher nicht veröffentlichte Dokumente zu lesen, die Rauscher anführt. Hauptsächlich betreffen sie die Wahrnehmung der Situation durch die Staatsmänner, die ihnen zur Verfügung stehenden Quellen für das Treffen von Entscheidungen, ebenso die Erörterung der Ereignisse in den höchsten Kreisen und in der Gesellschaft. Der Autor beschreibt ausführlich den Kampf zwischen der außenpolitischen und militärischen Führung im Jahr 1878 wegen des potentiellen russisch-österreichischen Krieges: die Diplomaten wünschten sie, wollten aber keine Okkupation von Bosnien und der Herzegowina, das Militär brachte indes Argumente gegen einen Konflikt mit dem Reich der Romanows vor, trat aber für die Besetzung der osmanischen Provinz ein (S. 289). Doch Rauscher erklärt nicht alle diese Ereignisse, denn sonst hätte seine Arbeit kein Ende gefunden. Zuweilen aber kann man dadurch, dass der Autor die Quellen nicht immer kritisch hinterfragt und die Interpretation unterlässt, vermuten, es würde alles von sich aus passieren. Außerdem verwendet Rauscher unzeitgemäß ab und zu die Terminologie der jüngsten Geschichte: „Kalter Krieg“ – so bei der Beschreibung der Beziehungen Russlands und der Donaumonarchie nach dem Krim-Krieg und bis zur Schließung des Dreikaiserbundes in den Jahren 1873–1874 (S. 225–227), „bipolare Blockbildung“ – über die Bildung des Dreibundes und der Entente (S. 850). Zudem nutzt der Autor den Begriff „Sicherheitspolitik“ – das zweite Kapitel heißt „Österreich-Ungarns Sicherheitspolitik nach der Ordnung von 1871“. Der Begriff Sicherheit ist in den Arbeiten über die Neuzeit selten anzutreffen, ist jedoch ein untrennbarer Teil der jüngsten und gegenwärtigen Geschichte.

Die auf einer Vielzahl von Quellen fußende umfassende Untersuchung gibt wenig Anlass, den Autor zu kritisieren. Walter Rauscher erzählt meisterhaft die Geschichte der Außenpolitik von Österreich-Ungarn in den Jahren von 1866 bis 1914 als die Geschichte eines multinationalen Staates von einem Krieg bis zum anderen – eine Epoche, in der sich die große Arbeit des Staates zur Erhaltung des Friedens verwandelt in die Vorbereitung seines Zerfalls.

## Anmerkungen

- 1 Theodor von Sossnosky, *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866*. 2 Bde (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1913–1914).
- 2 Robert W. Seton-Watson, *Britain in Europe (1789–1914): A Survey of Foreign Policy* (London: Cambridge University Press, 1937).
- 3 W.M. Chwostow, *Istorija diplomatii. T. 2. Diplomacija w nowoje wremja 1871–1914* [Vom Russ: Geschichte der Diplomatie. Bd.2. Diplomatie in der neuen Zeit 1871–1914] (Moskwa, Gospolitizdat, 1963).
- 4 István Diószegi, *Hungarians in the Ballhausplatz: studies on the Austro-Hungarian common foreign policy* (Budapest: Corvina Kiadó, 1983); István Diószegi, *Bismarck und Andrassy: Ungarn in der deutschen Machtpolitik in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts* (Wien; München: Oldenbourg, 1999).
- 5 N.S. Kinjapina. *Kawkas i Srednaja Asija wo wneschnej politike Rossii, wtoraja polowina 18. – 80-je gody 19. w.* [Vom Russ: Kaukasus und Mittelasien in Russlands Außenpolitik, 2. Hälfte des 18. – 80er Jahre des 19. Jh.] (Moskwa: Isdatelstwo MGU, 1984); N.S. Kinjapina, *Balkany i proliwy wo wneschnej politike Rossii w konze 19.w. (1878–1898)* [Vom Russ: Der Balkan und die Meerengen in Russlands Außenpolitik Ende des 19. Jh. (1878–1898)] (Moskwa: Isdatelstwo MGU, 1994).
- 6 Dominic Lieven, *Empire. The Russian Empire and Its Rivals* (London: John Murray, 2000).
- 7 Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall* (München: Beck, 1992); Isabel F. Pantenbourg, *Im Schatten des Zweibundes: Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897–1908* (Wien: Böhlau, 1996). (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 86.)